

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Gudrun Kopp, Rainer Brüderle, Daniel Bahr (Münster), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 15/1943 –**

Zukunft der Förderung heimischer Steinkohle

Vorbemerkung der Fragesteller

In der „WELT“ vom 22. Oktober 2003 wirbt die Ruhrkohle AG (RAG) unter dem Motto „Wird hier gerade über unsere Energieversorgung entschieden?“ für den Erhalt der Energieversorgung in Deutschland auf der Basis heimischer Steinkohle.

1. Teilt die Bundesregierung die Auffassung der Ruhrkohle AG (RAG), dass ein Zusammenhang besteht zwischen dem Import von Erdöl aus dem Nahen Osten und der weiteren Förderung der heimischen Steinkohle?

Steinkohle als Energieträger kann Erdöl, insbesondere als Kraftstoffquelle, nicht substituieren. Vielmehr kommt der Steinkohle eine wichtige Rolle bei der Sicherstellung der nationalen Stromversorgung zu.

2. Wie beurteilt die Bundesregierung die Aussage der Ruhrkohle AG (RAG), dass es „schon bald Kraftwerke [geben wird], die sie [d. h. die deutsche Steinkohle] emissionsfrei verarbeiten können?“

Einige Wissenschaftler halten es für realisierbar, dass die notwendigen Technologien, um alle Emissionen einschließlich CO₂ insbesondere durch Sequestrierung, also Verpressung der CO₂-Emissionen in den Untergrund, auf Null zu senken, innerhalb der kommenden 15 bis 20 Jahre entwickelt werden können. Allerdings wird dies nur zum Preis einer Minderung des Wirkungsgrades möglich sein.

3. Welchen Zusammenhang sieht die Bundesregierung zwischen den Forschungsarbeiten zur Clean-Coal-Technology und der Anschlussregelung zur weiteren Finanzierung der heimischen Steinkohle?

Durch die Anwendung von Clean-Coal-Technology soll der zukünftige Einsatz von Kohle in der Verstromung unabhängig von ihrer Herkunft gesichert werden. Es ist allgemeine Auffassung, dass auf Steinkohle auf absehbare Zeit im Energiemix nicht verzichtet werden kann.

4. Wie ist der Stand der Vorbereitungen der Anschlussfinanzierungen für die Jahre 2006 bis 2010?

Festlegungen zum Finanzrahmen für die weitere Unterstützung des deutschen Steinkohlenbergbaus im Zeitraum 2006 bis 2012 wurden am 10. November 2003 gemeinsam vom Bundeskanzler, Gerhard Schröder, Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit, Wolfgang Clement, und Bundesminister der Finanzen, Hans Eichel, getroffen. Danach sollen die Beihilfen von Bund und Ländern von 2,7 Mrd. Euro in 2005 auf 1,83 Mrd. Euro in 2012 sinken.

Im Zeitraum 2006 bis 2012 werden sich die öffentlichen finanziellen Hilfen zur Unterstützung des Absatzes deutscher Steinkohle für den Einsatz in Kraftwerken und zur Stahlerzeugung im Hochofenprozess sowie zur Deckung von Aufwendungen infolge dauerhafter Stilllegungen von Bergwerken auf insgesamt bis zu 15,87 Mrd. Euro belaufen. Hinzu kommt ein Eigenbeitrag der RAG AG von 1,13 Mrd. Euro.

Die Hilfen des Bundes werden von 2006 bis 2008 bis zu 5,699 Mrd. Euro betragen. Für diesen Zeitraum wird die RAG AG einen Zuwendungsbescheid erhalten. Die RAG AG wird 450 Mio. Euro beitragen, 150 Mio. Euro pro Jahr. Mit den Landesregierungen von Nordrhein-Westfalen und des Saarlands will die Bundesregierung rasch Einigung über deren anteilige Finanzierung erzielen. Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hat in seiner Sitzung vom 13. November 2003 im Einzelplan 09 (Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit/BMWA) die entsprechende haushaltsrechtliche Grundlage für diese Anschlussregelung geschaffen.

5. Inwieweit finden die veränderten Rahmenbedingungen, insbesondere für den Bundeshaushalt 2004, Berücksichtigung bei der Ausgestaltung der Anschlussregelung?

Die auch auf mittlere Sicht zu erwartende Belastung des Bundeshaushalts fand bei der Ausgestaltung der Anschlussregelung insofern Berücksichtigung, als die Bundesbeihilfen sich weiter degressiv entwickeln werden und Beträge aus der Kohlevereinbarung von 1997, die ursprünglich in den Jahren 2006 bis 2008 anfallen, erst ab 2011 ausgezahlt werden.

6. Wann wird die Bundesregierung über die spätere Auszahlung der ursprünglich vorgesehenen Haushaltsmittel für den deutschen Steinkohlenbergbau von insgesamt 307 Mio. Euro für die Jahre 2000 bis 2002 entscheiden?

Diese Entscheidung ist Bestandteil der in der Antwort zu Frage 4 genannten Anschlussregelung. Die Mittel werden ab 2011 ausgezahlt.

7. Hat die Bundesregierung im Rahmen ihrer Überlegungen zu einer späteren Auszahlung der Haushaltsmittel eine Kürzung bzw. Streckung der Zahlung der ursprünglich vorgesehenen Haushaltsmittel geprüft, und wenn ja, welches Ergebnis hat die Prüfung ergeben?

Eine Kürzung ist nicht möglich, da die RAG durch den Zuwendungsbescheid von 2001 einen rechtsverbindlichen Anspruch auf die Beihilfemittel hat. Eine Streckung der Auszahlung ist durch die Verschiebung der Fälligkeit von Haushaltsmitteln auf die Jahre ab 2011 erfolgt.

8. Wie beurteilt die Bundesregierung die im so genannten Koch-Steinbrück-Papier geforderten kurzfristigen Absenkungen der Steinkohlesubventionen?

Die Ministerpräsidenten Roland Koch und Peer Steinbrück haben ihre Vorschläge zum Subventionsabbau am 30. September 2003 vorgelegt. Die Vorschläge sind Gegenstand des laufenden Vermittlungsverfahrens zum Haushaltsbegleitgesetz 2004.

9. Ist das Prüfergebnis bereits in die Haushaltsberatungen 2004 bzw. in die Vorbereitung der Anschlussfinanzierung für die Jahre 2006 bis 2010 mit eingeflossen?

Im Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2004 sind für die Subventionsabbauinitiative der Ministerpräsidenten insgesamt 1,2 Mrd. Euro veranschlagt (Abbau von Steuervergünstigungen). In den parlamentarischen Beratungen zum Bundeshaushalt 2004 wurde der eingeplante Einsparbetrag von 1,2 Mrd. Euro je zur Hälfte auf den Bereich der Steuervergünstigungen und den Bereich der Finanzhilfen (Globale Minderausgabe) aufgeteilt. Der Bundesminister der Finanzen wird im Lichte der Ergebnisse des Vermittlungsverfahrens zum Haushaltsbegleitgesetz zu Beginn des Haushaltsjahres 2004 einen Vorschlag zur Aufteilung der Globalen Minderausgabe zu den Finanzhilfen auf die Ressort-einzelpläne vorlegen.

10. Werden auch die Mittel für die Steinkohle zur Erfüllung der globalen Minderausgabe im Zuge der Umverteilung der ursprünglich geplanten Kürzung des Rentenzuschusses auf alle Ressorts herangezogen?

Der Einsparbeitrag des BMWA zur Umsetzung der Rentenbeschlüsse in Höhe von 65,7 Mio. Euro erfolgt im Haushalt 2004 zusätzlich zu der bisher etatisierten globalen Minderausgabe in Höhe von rd. 50 Mio. Euro. Ob und in welcher Höhe einzelne Titel des Einzelplans 09 zu der Erwirtschaftung der globalen Minderausgabe herangezogen werden (müssen), hängt u. a. von der endgültigen Höhe der Einspar- und Bewirtschaftungsaufgaben im Haushaltsjahr 2004 ab. Eine konkrete Festlegung kann daher erst im Rahmen der sich entwickelnden Möglichkeiten der Haushaltsführung 2004 getroffen werden.

11. Wenn ja, in welcher Höhe?

Siehe Antwort zu Frage 10.

12. Wenn nein, welche anderen Ausgaben werden im Haushalt des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit zur Deckung der globalen Minderausgabe gekürzt?

Siehe Antwort zu Frage 10.

13. Inwieweit werden die unterschiedlichen Zeithorizonte für weitere Steinkohlesubventionen (2012) und für die Anschlussfinanzierung (2010), die die Bundesregierung im Rahmen ihrer Verständigung vom 17. Juli 2003 benannt hat, bei den gegenwärtig vorbereitenden Gesprächen zu einer Anschlussregelung berücksichtigt?

Die Anschlussfinanzierung regelt die Steinkohlesubventionen bis 2012.

14. Wie beurteilt die Bundesregierung aus fiskalischer Sicht die Einstellung der Förderung der heimischen Steinkohle nach Auslaufen des Kohlekompromisses von 1997?

Eine sofortige Stilllegung des Steinkohlenbergbaus nach Auslaufen des Kohlekompromisses von 1997 hätte neben Minderausgaben erhebliche fiskalische Lasten zur Folge. Dazu zählen kurzfristig vor allem die Lasten der Haushalte der Sozialversicherungsträger durch die in den Arbeitsmarkt zu entlassenden Beschäftigten des Steinkohlenbergbaus, der Zulieferbereiche und der Bergbaumaschinenindustrie sowie Steuermindereinnahmen.

15. Welche Auswirkungen hätte ein Verzicht auf eine Anschlussregelung für den Bundeshaushalt 2005 und die darauf folgenden?

Siehe Antwort zu Frage 14.